

## Die USA als Megamacht?

Werner Biermann/Arno Klönne, *The Big Stick. Imperiale Strategie und globaler Militarismus - Die USA als Megamacht?* Verlag Papy Rossa, Köln 2003, 270 Seiten, 15.50 €

Das Autorengespann Biermann/Klönne nimmt sich offenbar vor, in jedem Jahr eine neue kritische Analyse der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Weltlage mit einer jeweils besonderen thematischen Schwerpunktsetzung vorzulegen. Nach „Globale Spiele. Imperialismus heute...“ (2001) erschien im folgenden Jahr „Ein Kreuzzug für die Zivilisation?“ (Besprechung in Z 52) und in diesem Jahr „The Big Stick. Imperiale Strategie und globaler Militarismus...“. Wiederum zeichnet sich die Analyse der Verfasser aus durch konzise Präsentation der Fakten und Zusammenhänge, sehr gute Lesbarkeit, die durch den Einschub von grafisch abgehobenen Zitaten, Dokumenten oder die Auflistung besonderer Sachverhalte zusätzlich aufgelockert wird, durch Materialfülle und gewissenhafte, überwiegend auf Primärquellen basierende Begründung der Aussagen. Diese Merkmale von Wissenschaftlichkeit vereinigen sich mit dezidiertem Kritik an zentralen Gegenstand der Untersuchung, der globalen Hegemonialpolitik der USA mit ihren exklusiven, rational und moralisch nicht legitimierbaren Ansprüchen und oft völkerrechtswidrigen Methoden der Durchsetzung. Die Komplementarität von wissenschaftlicher Fundierung und unverbrämter, normativ begründeter Kritik gehört zu den wesentlichen Vorzügen der Arbeiten von Biermann und

Klönne, die bei vielen der gegenwärtigen Publikationen zu dieser Thematik zu vermissen ist. Nicht selten fehlt scharfer Kritik die zureichende Begründung und schwache oder fehlende Kritik geht einher mit prekärer, sachlich unzulänglicher Darstellung historischer und aktueller politischer Sachverhalte.

Die Autoren gliedern ihre Analyse in fünf Kapitel. Jedes Kapitel ist so themen- und materialreich ausgeführt, daß ihr Inhalt nur durch Bezeichnung des einen oder anderen Aspekts angedeutet werden kann. Das erste, „American Way of War“, umfaßt als Hauptthemen einen Überblick über das Militärpotential der USA sowie eine Diskussion ihrer militärischen Schlagkraft. Die Auflistung der finanziellen, materiellen und personalen Ressourcen des US-amerikanischen Militärs ist beeindruckend. Viele der Daten sind aus jüngeren Publikationen im Kontext der Rüstungswut der Bush-Regierung bekannt; in der hier gebotenen Vollständigkeit jedoch kaum geläufig, was auch für Informationen zu anderen Aspekten dieser Studie gilt. Die Verf. wollen die militärische Schlagkraft der USA nicht nur demonstrieren, sondern auch problematisieren. Letzterem gilt – neben anderem – eine Prüfung der „Qualität des Militärs“ gemäß soziologischen Indikatoren (34ff.; z.B. Schulbildung, berufliche Ausbildung, Ausprägung der intramilitärischen Hierarchien u.a.m.). Dieser Faktor der Kampfbereitschaft und -fähigkeit der US-Armee darf keinesfalls negiert werden; in der Diskussion der Autoren bleibt seine Beschaffenheit und Wirksamkeit aber doch recht vage und spekulativ,

was sie wohl selbst konzedieren, wie ihre häufige Verwendung des Konjunktivs vermuten läßt.

Kapitel II, „Imperiale Strategien“, ist geteilt in die Abschnitte „Modelle und Konzepte“ und „Stützpunktsystem“. Im ersten Teil wird die Militarisierung der Großmächte USA und UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg zum Ausgang genommen und zutreffend konstatiert, daß der „Rüstungskeynesianismus“ der USA für deren Wirtschaft höchst förderlich war im Gegensatz zu den negativen Wirkungen auf die Rekonstruktion des sowjetischen Produktionspotentials nach dessen Dezimierung im Kriege. Wichtig ist u.a. der Hinweis darauf, daß das Streben der USA nach globaler politischer und wirtschaftlicher Dominanz keineswegs erst mit der Präsidentschaft von Bush jun. einsetzte, wie es viele, auch kritische, Beiträge zum neueren weltpolitischen Diskurs suggerieren. Eingehend werden die amtlichen und privaten (meist von rechtsorientierten „Denkfabriken“ in der Form privater Stiftungen vorgelegten) Entwürfe und Beschlüsse zu „Sicherheitsstrategien“ bzw. „Verteidigungskonzepten“ der USA nach 1990 vorgestellt, die keineswegs einen Bruch zwischen der Clinton- und der Bush jun.-Administration erkennen lassen; ebenso wenig, wie der 11.9.2001 im Hinblick auf die internationale Politik der USA eine Scheidelinie markiert. So heißt es z.B. bereits in den „Richtlinien für die Verteidigungsplanung der Haushaltsjahre 1994-99 „Unser erstes Ziel ist es, den Aufstieg eines neuen Rivalen zu verhindern. Sei es auf dem Territorium der früheren Sowjetunion oder sonst-

sonstwo...“ (73).

Erhellend sind im zweiten Abschnitt des Kapitels die Angaben über das externe militärische Stützpunktsystem der USA, das 1945 etwa 2000 Basen in fast 100 Ländern umfaßte (79). Später wurde diese Anzahl um ca. ein Viertel reduziert, bedingt durch die Betrauung von Stellvertreter-Kräften mit dieser Funktion und/oder durch die informations- und waffentechnische Entwicklung. Im Zuge der in den 90er Jahren von den USA (und ihren Verbündeten) geführten Kriege auf dem Balkan und danach in Afghanistan wurden eine erhebliche Anzahl neuer Stützpunkte errichtet, z.B. in den mittelasiatischen früheren Sowjetrepubliken, ohne daß dieser hochbrisante Sachverhalt hierzulande das mindeste Aufsehen erregte. Das dritte Kapitel, „Verdeckte Operationen im Gewaltmarkt“, liefert eine hohe Anzahl und Vielfalt von Informationen zu einem Thema, das zu Recht in jüngerer Zeit die Aufmerksamkeit von Politologen und Publizisten weckte, in der breiteren Öffentlichkeit bislang aber wenig Resonanz fand. Die drei Hauptthemen des Kapitels sind die privaten Militärunternehmen der USA, das Operationsfeld Afrika sowie Militärs in Lateinamerika als „willige Helfer“. Das Thema umfaßt eine ganze Reihe neuer Entwicklungen in der Sphäre gesellschaftlicher Gewaltmittel und -politik. Nützlich, aber im Kontext ihres Themas von den Autoren nicht intendiert, wäre eine systematisierende Unterscheidung der diversen Formen, Funktionen und Methoden in der Tendenz zu „privatisierten“, quasi informellen und klandestinen gewalttätigen Aktionen.

Z.B. müssen die Merkmale „verdeckt“ und „privat“ durchaus nicht zusammenfallen, wie zuweilen suggeriert wird. Das „Outsourcing“ militärischer logistischer Funktionen an private Firmen z.B. ist in den USA nicht verdeckt, andererseits unternehmen staatliche Institutionen in den USA, wie etwa CIA, verdeckte Operationen (notorisch in Lateinamerika).

Im Kapitel „Globaler Militarismus“ (IV) wird das manifest oder latent gewaltförmige Agieren der USA in drei Regionen, die sie als Interessenzonen reklamieren, analysiert: Naher und Mittlerer Osten; Afghanistan, Pakistan, Iran; Nordkorea und China. In den beiden ersten Regionen sind es sowohl ökonomisch relevante, den Zugriff auf Rohstoffe, vor allem Erdöl und -gas ermöglichende Intentionen, die das expansive Engagement der USA veranlassen, sowie geopolitische; im Falle Nordkoreas und Chinas dürfte der geopolitische Aspekt überwiegen (bzw. die auf längere Sicht angelegte Strategie, den in der Tat einzigen perspektivisch aussichtsreichen Rivalen China im Griff zu behalten). Die Autoren verdeutlichen u.a., daß sowohl die Intervention der USA in Afghanistan wie der nachfolgende völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Irak offenbaren, daß Bushs Ausrufung eines weltweiten und langanhaltenden „Krieges gegen den Terrorismus“ nichts anderes war als eine selbstherrliche Vorab-Pauschallegitimation für jeden von den USA für angezeigt gehaltenen Gewaltakt (was einmal mehr die Blauäugigkeit oder notorische Willfähigkeit europäischer Regierungen belegt, den USA auf der

Stelle ihren Beistand in diesem Krieg zu versichern). In einem vierten Abschnitt dieses Kapitels informieren die Verf. über den Aufbau einer neuen Einheit für verdeckte Aktionen der USA, P2OG = Proactive, Preemptive Operation Group. Sie untersteht Rumsfeld. Beim Nationalen Sicherheitsrat soll die Position eines „Beauftragten für Sonderoperationen“ geschaffen werden. Dieser steht einer zunächst 500-köpfigen Behörde für Sonderoperationen vor, ausgestattet zunächst mit 3,3 Mrd US-Dollar (222).

Das Schlußkapitel (V) „Megamacht USA“ ist mit einem Fragezeichen versehen, es geht hier um eine Diskussion der Schwachstellen der Supermacht. Zu den Ursachen der hegemonialen Position der USA in der internationalen Politik zählen Biermann und Klönne die meist uneingeschränkte Folgebereitschaft Japans und der größeren westeuropäischen Staaten. Sie erklären diese Haltung damit, daß sich die Wirtschaft jener Staaten mit Unterstützung ihrer Regierungen auf Nutzung der ökonomischen Chancen (z.B. durch Öffnung der Märkte) konzentrierten, die die Politik der USA ihnen bot (233). Die Verf. konstatieren zwei weltpolitisch maßgebliche Tendenzen in der 90er Jahren: die Hochrüstung der USA und weltweite politische Instabilität. Zur letzteren trage erheblich die wachsende Asymmetrie der globalen Wohlstandsverteilung bei. Diese sozialen Diskrepanzen seien geeignet, antikapitalistische Einstellungen zu fördern: „Zum ersten Mal in seiner Geschichte stellt sich der Kapitalismus ohne eine glaubwürdige Mission dar; ihm sind unter der Deregulation

jetzt auch die sozialen Abfederungen abhanden gekommen.“ (235) Weitere potentielle Schwächen der USA sehen die Autoren u.a. in deren Abhängigkeit von Geldzuflüssen aus dem Ausland, in der Höhe der Auslandsverschuldung (netto fast 3 Bil. US-Dollar) sowie vor allem in der zunehmenden sozialen Ungleichheit der Gesellschaft mit ihren Problemen, der wachsenden manifesten Armut und dem Status- und Wohlstandsverlust großer Teile der Mittelklassen.

Die relativ lange Phase der Vorbereitung des neuen Krieges gegen den Irak (2002/03) rief mit den fragwürdigen Anschuldigungen, den wechselnden Begründungen, den offenkundig konstruierten „Beweisen“ terroristischer Verbindungen und irakischer Aggressionspläne etc. seitens der USA in der Öffentlichkeit vieler Staaten, nicht zuletzt in der deutschen, Beunruhigung, Mißmut, Zweifel und Kritik hervor. In diesem Kontext erschienen zahlreiche Publikationen zu den Themen Politik und Hegemonie der USA, Völkerrecht und Menschenrechte, deutsch-amerikanisches Verhältnis usw. In den wenigen überregionalen Tageszeitungen wurden diese Themen in beachtlicher Ausführlichkeit und Meinungsvielfalt dokumentiert und diskutiert. „The Big Stick“ trifft insofern auf einen relativ guten Informationsstand der Gesellschaft, so daß nicht wenige Einzelinformationen des Buches den LeserInnen nicht neu sein werden. Was jedoch die Analysen des Autorengespans Biermann/Klönne unverzichtbar macht, sind der Blick auf den zeitgeschichtlichen Hintergrund, der im-

mer wieder verdeutlichte Zusammenhang zwischen Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsmacht und politischem System der USA, die Widerlegung vieler Legenden, deren Virulenz auf die massive US.-Propaganda nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgeht, z.B. über die Selbstlosigkeit der internationalen Politik der USA, deren demokratische Substanz und Tradition, die soziale Ausgewogenheit der Gesellschaft, der egalitäre und konsensuale Grundzug der sozialen Beziehungen u.ä.m.; weiter die Korrektur der Vorstellung, vor Bush jun. sei die Politik der USA eine ganz andere gewesen und viele ähnlich problematische Halb- und Viertelwahrheiten. Wem es auf erweiterte Erkenntnis der historischen, politischen, wirtschaftlichen Realitäten ankommt, sollte zu diesem Buch greifen.

Hansgeorg Conert

## Deutscher Sonderweg

Jürgen Elsässer, *Der deutsche Sonderweg. Historische Last und politische Herausforderung*, Heinrich Hugendubel Verlag, Kreuzlingen/München 2003, 264 S. 19,90 Euro.

Jürgen Elsässer ist zweifellos einer der interessantesten und bekanntesten Publizisten der verbliebenen radikalen Restlinken. Mit den Organen, in denen er hauptsächlich publiziert, wechselt seine politische Positionierung. Als sich 1997 in der *jungen Welt* eine andere Strömung durchsetzte, stieg der „marxistische Part-Time Dandy“ (*Spex*) aus und gründete die *Jungle World* mit. Diese bezeichnet er heute als „Wochen-TAZ“. Bis Anfang dieses Jahres war er Redakteur bei *Kon-*

*kret.* Jetzt schreibt er wieder in der *jungen Welt*. Dahinter verbirgt sich die Wandlung von einem der Vordenker der so genannten antideutschen Strömung zu einem ihrer schärfsten Kritiker. Meinte er vor Jahren, eine positive Bezugnahme auf die deutsche Linke sei aufgrund des in ihr verankerten Antisemitismus nicht mehr möglich, ist er in Folge des 11. Septembers und dessen Konsequenzen in kritischer Solidarität auf die Seite der Friedens- und Antiglobalisierungsbewegung gewechselt. Die Antideutschen bezieht er nun des Bellizismus.

In seinen letzten Publikationen beschäftigte er sich schwerpunktmäßig mit der Rolle des wiedervereinigten Deutschlands auf dem Balkan. Sein Buch „Kriegsverbrechen, Die tödlichen Lügen der Bundesregierung“ erschien in vier Auflagen und kann zu Recht als Standardwerk zum Jugoslawien-Krieg 1999 bezeichnet werden.

Jetzt hat er ein neues Buch vorgelegt: *Der deutsche Sonderweg, Historische Last und politische Herausforderung*.

Konkreter Anlass war die Proklamation des Deutschen Weges durch Bundeskanzler Schröder im Bundestagswahlkampf 2002. Gemeint war damit die rhetorische Ablehnung des zu diesem Zeitpunkt sich schon klar abzeichnenden Kriegs der USA gegen den Irak. Im bürgerlichen Feuilleton und auf Seiten der Atlantiker wurde der SPD-geführten Regierung vorgeworfen, den unheilvollen deutschen Sonderweg, der mit dem Jahr 1945 sein Ende gefunden habe, erneut zu betreten.

Elsässer stellt nach einer Skizze der liberalen und marxistischen Sonderwegstheorien fest, dass das Spezifische des deutschen historischen Sonderweges nicht primär die Frontstellung gegen den Westen, insbesondere gegen die USA, gewesen sei, sondern die Frontstellung gegen die europäischen Nachbarn; vor allem aber die Nachbarn im Osten. Der Vernichtungskrieg wurde gegen die Sowjetunion geführt, der Holocaust wurde hauptsächlich in Polen durchgeführt. (9; 50)

Nach der Phase der Teilung Deutschlands und der Abkehr vom deutschen Sonderweg habe mit der Wiedervereinigung, die gegen den Widerstand der europäischen Siegermächte erfolgte, eine Renaissance des Sonderweges begonnen. Mit einer entscheidenden Modifizierung: Der Sonderweg erfolgte zumindest bis Mitte der 1990er Jahre mit Duldung der USA. „Die Renaissance des Militarismus, der Aufbau einer interventionsfähigen Bundeswehrmacht, die zweite Zerschlagung Jugoslawiens, die Bedrohung Russlands durch die Ostverschiebung der NATO, schließlich der Krieg gegen Serbien – all dies war das Werk der Partners in Leadership“ (9). Bestimmte in der Phase bis Mitte der 90er Jahre Deutschland das Handeln auf dem Balkan, übernahmen die USA mit dem Bosnieninsatz 1995 und den folgenden Einsätzen bzw. Kriegen die Initiative (211).

Die strukturellen Ursachen für diese Entwicklungen werden politökonomisch erklärt: Auf Grund der „symbiotischen Verflechtung“ der beiden Volkswirtschaften seien die beiden Nationalstaaten – auf ver-

schiedene Weise – stärker an Kriegen interessiert als andere Volkswirtschaften (10). Für die USA ergebe sich der verstärkte Drang zu Kriegen primär aus dem dramatischen Niedergang ihrer Wirtschaft im Jahre 1998. Elsässer macht dies an der inneren Wirtschaftskrise, der Krise im Außenhandel und dem Vormarsch ausländischer Konzerne fest (192). In einem Vorabdruck in der *jungen Welt* vom 25. April dieses Jahres, findet sich ein Zitat, das im Buch zwar so nicht mehr auftaucht, dessen These allerdings nicht revidiert wurde: „Der Aggressionsdrang der US-Monopole ist das Resultat ihrer höchst defizitären Situation, sie suchen – wie die deutsche Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg – nach Deckung ihrer fiktiven Kapitalmassen durch Herrschaft über Rohstoffe und Devisen.“ Dementsprechend wird der Irak-Krieg nicht primär als Krieg für Öl interpretiert, sondern als Krieg zur Verteidigung der Zahlungsfähigkeit der USA, worin sich die Kontrolle des Öls als eine Komponente einordne. In letzter Konsequenz werde aber kein Rohstoffkrieg geführt, sondern eine Weltwährungsschlacht – Dollar gegen Euro (200).

Die deutsche Wirtschaft tendiere aufgrund ihres enormen Exportüberschusses zu Krieg. Denn so Elsässer, „was passiert, wenn sich ein nieder konkurrierender Staat nicht wie die DDR freiwillig vom Sieger schlucken lässt? Was passiert, wenn er seine Autonomie verteidigt, beispielsweise über Schutzzölle, Kapitaleinfuhrkontrollen, Nationalisierung oder Stützung der eigenen Industrie gegen ausländische Übernahmen? Dann wird der Schurke mit

„militärischen Mitteln zur Räson gebracht und seine Ökonomie durch Krieg geknackt.“ (230) So sei es mit Jugoslawien und dem Irak geschehen und so könne es auch anderen Staaten geschehen.

Die bereits angesprochene symbiotische Verflechtung bestehe vor allem in der Rolle der USA als „Importstaubsauger“ für die rekordverdächtigen Exportüberschüsse der deutschen Waren (175). Die deutsche Wirtschaft sei durch eine künstliche Einengung des Binnenmarktes und durch eine aggressive Weltmarktorientierung gekennzeichnet. (179) Das mache die deutsche Wirtschaft zwangsläufig abhängig von der US-Wirtschaft. Sie sei die Lokomotive der Weltkonjunktur. Neben diesem Aufeinanderangewiesensein der beiden Volkswirtschaften gebe es jedoch auch divergierende Interessen. So z.B. in der Golf-Region: „Für die US-Industrie ist sie wegen des Imports billigen Öls unersetzlich, während sie für die deutsche Industrie als Exportmarkt teurer Maschinen interessant ist. Je billiger das Golf-Öl, um so besser für die sehr energieintensive Wirtschaft der USA, aber gleichzeitig um so schlechter für Deutschland, denn je geringer die Öleinnahmen der Golf-Staaten sind, um so geringer ist ihr Budget zum Kauf von High Tech made in Germany.“ (172)

Im letzten Kapitel des Buches diskutiert Elsässer drei Optionen bezüglich der weiteren Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die erste, zugleich als realistischste angesehene, bestehe in einer Fortsetzung des Bündnisses mit den USA, da die gemeinsamen Interessen

nach einer schnellen Beendigung des Irak-Krieges überwiegen. Rhetorische Ablehnung des amerikanischen Unilateralismus widerspreche dem nicht, denn so werde der Ruf Deutschlands in den arabischen Ländern gesteigert, was wiederum der Exportwirtschaft zugute käme. (232)

Eine zweite, nach dem Irak-Krieg wahrscheinlichere Option sieht Elsässer in einer Achse Paris-Berlin-Moskau. Entgegen der „Schönfärberei“ von Habermas und Derrida, die in einem Essay jüngst ein *Kerneuropakonzept* vertraten, würde es sich dabei allerdings nicht um ein friedliches Europa handeln. (233)

Die dritte, wünschenswerteste aber unwahrscheinlichste Option nennt Elsässer die Finnlandisierung oder besser Hellenisierung des Kontinents. Vorausgesetzt wäre ein Bruch mit den USA. Es handelt sich um eine Variation der zweiten Option, also der Liaison Paris-Berlin-Moskau, jedoch mit einer wesentlichen Veränderung: Eurasien fungiere hier nicht als Militärmacht, sondern als Friedenachse. „Keine Ankurbelung der Rüstung, sondern allgemeine Demilitarisierung. Keine weltweiten Interventionen, sondern Rückzug der Truppen. Die Friedensdividende wird für die zivile Wirtschaft sowie Bildung und Kultur verwendet. Das vom Krieg zerstörte Jugoslawien und die vom Neoliberalismus ins Elend gestoßenen Länder des Ostens werden wiederaufgebaut.“ (239) Dies sei wohl nur gegen die herrschende Wirtschaftsordnung möglich, so Elsässer, der jedoch vermeidet, diese als kapitalistisch zu benennen und stattdessen sein Buch mit der Attaclosung „Eine andere Welt ist mög-

lich“ beendet.

Elsässers Buch hat den Vorteil, die machtpolitischen Interessen Deutschlands polit-ökonomisch zu analysieren und die Friedensliebe der Bundesregierung gegenüber den Irak-Krieg, an die auch in Teile der Friedensbewegung geglaubt haben, als zeitweiliges Kalkül der tendenziell auf Expansion und Krieg ausgerichteten deutschen Wirtschaft zur Diskussion zu stellen. Die Herleitung des „Deutschen Weges“ im Wahlkampf und aus dem historischen deutschen Sonderweg wirkt dagegen etwas konstruiert und erweckt den Eindruck, als Füllmaterial zu dienen. Zudem sind die Ausführungen über die deutsche Rolle in den Balkankriegen der 1990er Jahre aus anderen Publikationen des Autors bekannt. Der Wert des Buchs liegt demnach in seiner zweiten Hälfte.

Guido Speckmann

## Verfrühter Nachruf

*Emmanuel Todd, Weltmacht USA. Ein Nachruf, Piper-Verlag, München/Zürich 2003, 265 Seiten, 13 €*

Natürlich müssen Autor und Verlag mit einem Titel werben und versuchen, Aufmerksamkeit zu erregen. Einen „Nachruf“ zu schreiben auf ein höchst vivantes Gebilde, ein überaus aktives politisches Subjekt wie die USA scheint dann doch gewagt. Und Todd schreibt im Buch selbst auch sehr viel differenzierter, als es der Titel ankündigt – es geht weniger um den Niedergang der USA als mehr um das Entstehen neuer geopolitischer Konkurrenzlagen.

Bleiben wir zunächst beim Autor:

Jahrgang 1951, Absolvent des „Science Po“ in Paris, promoviert in Cambridge, Historiker, Demograph und Ethnologe. Er beriet im vorletzten Wahlkampf den heutigen Staatspräsidenten Frankreichs Chirac, zeigte zuweilen Sympathien für die Französische Kommunistische Partei (PCF), als er sie u.a. in ihrer Ablehnung der Einführung des „Euro“ wie auch in Fragen des europäischen Integrationsprozesses insgesamt beriet. Nach der Reaktion der USA auf den 11. September 2001 wurde er zu einem energischen Verfechter der Europäischen Union – dazu später mehr. Das vorliegende Buch erschien im Jahre 2002 in Paris (bei Gallimard) unter dem Titel „Après l’empire. Essai sur la décomposition du système américaine“. Es wurde in 11 Sprachen übersetzt.

Todd machte sich neben seinen recht ungewöhnlichen Beratertätigkeiten einen Namen, weil er 1976 (in einer wenig beachteten Veröffentlichung: „La chute finale“) den Zusammenbruch der Sowjetunion voraussagte. Im vorliegenden Buch hat er die USA im Focus, wenn er – vor Ausbruch des Irakkrieges – schreibt: „Noch vor einem möglichen Angriff auf den Irak könnte die Auflösung des amerikanischen Systems beginnen.“ Die Indizes Todds sind nicht das Problem seiner These: In der Tat gibt uns die „amerikanische Wirtschaft (...) zunehmend Rätsel auf: Wir können nicht mehr genau sagen, welche Unternehmen tatsächlich real existieren“; und: „Zum wirtschaftlichen Durcheinander kommt noch ein außenpolitisches und militärisches Chaos hinzu.“ (9)

Aber hier offenbart sich vielleicht

schon die entscheidende, die analytische Schwäche Todds: Nämlich wenn er von „Chaos“ spricht, vom „Beharren“ der Bush-Regierung, „unbedingt ‚Stärke‘ zu demonstrieren“, solange er – in einer Vision (12) – schreibt: „Erst wenn Rußland, Japan und Deutschland (...) ihre außenpolitische Handlungsfreiheit wiedergewonnen haben, wird die Epoche des Kalten Krieges, der ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges war, endgültig überwunden sein. Das Zeitalter der Ideologien wird vorüber sein. Das Gleichgewicht der Mächte – Europa, Amerika, Russland, Japan, China – wird die internationale Politik prägen. (...) Und der Frieden wird dann sicherer sein.“ Todds Sicht auf die Politik und auch auf die US-Politik wird nicht von deren Interessen geprägt, sondern eben von Chaos. Und wenn der Kapitalismus unisono herrscht auf dem Globus (ideologiefrei etwa?), dann bricht, so Todd, der Frieden aus. Allein die Existenz marktwirtschaftlicher, deregulierender, privatisierender, globalisierender Konkurrenten der USA wird mitnichten geopolitisch den Zustand der Periode vor 1991 herstellen, sie wird – im Gegenteil – zu neuen Verteilungskämpfen führen, die EU macht es gerade mit ihren aktualisierten Plänen der GASP klar; die hellrot-grüne Berliner Regierung mit dem Euro-Fighter und der Definition deutscher Interessen am Hindukusch.

Wer sagt denn, wann die US-Wirtschaft überschuldet ist und niemand ihr mehr Geld leiht? Wer sagt denn, in welchem Stadium ein Haushaltsdefizit einen „Nachruf“ rechtfertigt? Warum soll der Kapitalismus



nicht nach einer Aufteilung der Regionen, die strategisch von Interesse sind, d.h. in erster Linie die Öl-Regionen, noch Jahrzehnte mit gewaltigen Schuldenbergen, mit gezinkten Bilanzen selbst großer Trusts u.v.m., leben können?

Deutschland mit seiner Ablehnung der direkten aktiven Teilnahme am Irak-Krieg – „Wohl zum ersten Mal betrachtete man in Paris die Fahne der Bundesrepublik mit uneingeschränktem Wohlwollen“, (11) – ist ein besonderer Hoffnungsfaktor des Autors – er schlägt gar vor, Frankreich solle seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat und sein Vetorecht mit Deutschland teilen.

Werfen wir also einen Blick auf die Ausführungen Todds zur „Emanzipation Europas“ (211 ff.). „Wenn Europa will – (...) dann kann es auch.“ (213) Mit dieser Bemerkung leitet er richtig beobachtet seine Ausführungen über die neue Konkurrenz in bestimmten Rüstungssphären ein: Die Europäer bauen nun ihren Militärtransporter selbst, und mit „Galileo“ werden sie auch noch vom US-amerikanischen Satellitensystem unabhängig werden. „Die beiden Optionen: Integration ins Weltreich oder Unabhängigkeit“ werden von Todd für Europa aber vornehmlich als Kopie US-Amerikas gesehen. „Die Option ‚Emanzipation‘ wäre ein Ergebnis der objektiven Stärke des Kontinents und der Einsicht der Europäer, dass sie sich durch gemeinsame Werte von den Amerikanern unterscheiden. Vorausgesetzt ist dabei die Fähigkeit, dass sie für ihre militärische Verteidigung selbst sorgen können.“ Europa, so Todd weiter (217), muss „und das wird nie offen ausgespro-

chen, zu einer echten strategischen Unabhängigkeit gelangen, indem es seine nukleare Schlagkraft erhöht.“

Die wirklichen Kapazitäten der EU als ziviler Alternative zum imperialistischen Verhalten der USA tauchen bei Todd nicht auf. Was passierte hingegen, wenn der Produktions- und Konsumtionsraum von (nach der EU-Erweiterung 2004) über 500 Millionen Menschen sich einem anderen sicherheitspolitischen Modell – dem Modell gerechter „terms of trade“ – verpflichten und damit den USA Konkurrenz machen würde? Statt mit der Aufrechterhaltung und vielleicht gar dem Ausbau der Atomwaffe? Was passierte, wenn die EU nicht mehr 50 Prozent ihres Agrarhaushaltes zur Abschottung ihrer Märkte nutzen würde, sondern Arbeitsteilung mit der „Dritten Welt“ betreiben würde – zum Nutzen beider Seiten?

Unabhängig von dieser die analytische Tiefe betreffenden Kritik fällt im Buch noch auf, dass Todd fast ausschließlich von „Amerika“ schreibt – dieses jedoch weitaus größer als die USA, sein Betrachtungsobjekt, ist. Überhaupt wird die Rolle Lateinamerikas auffallend marginal behandelt – wobei den USA hier vielleicht wirklich ein sie schwächender Konflikt drohen könnte. Dann schreibt Todd, dass (Umschlagstext), die USA in früheren Zeiten „das Ziel (hatten), Demokratie zu verbreiten“. An anderer Stelle (S. 13) heißt es: „Ein halbes Jahrhundert standen die USA für politische und wirtschaftliche Freiheit, aber heute erscheinen sie immer mehr als ein Faktor der internationalen Unordnung.“ Führt man sich einmal nur die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts vor Augen, dann kann ein

solcher Satz nur kritisiert werden. Allumfassende US-Vorherrschaft ist mitnichten eine Erfindung der Regierung Bush, und auch nicht nach dem 11. September 2001 (die Verleihung des Friedensnobelpreises an J. Carter somit ein politischer faux pas ersten Ranges) – sie durchzieht alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, der US-Ökonomie, der Kulturpolitik u.v.m. seit langen Jahrzehnten.

Der Nachruf Todds ist verfrüht, die Interessenlage der USA eher unscharf betrachtet, von der des Bündnispartners Deutschland – „Bekennnis zum Frieden“, (11) – ganz zu schweigen. Die aufgezeigten geopolitischen Alternativen zum Unilateralismus der USA sind verfehlt. Warum werden derartige Bücher Bestseller?

*Johannes M. Becker*

## **Politisches Denken zwischen den Kriegen**

*Frank Deppe, Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Band 2: Politisches Denken zwischen den Weltkriegen, VSA-Verlag, Hamburg 2003, 551 S., 34,80 €*

Frank Deppe bietet in Anlehnung an Eric Hobsbawms allgemeineschichtlichen Abriss im „Zeitalter der Extreme“ – ebenfalls von marxistischer Position aus – einen Gesamtüberblick über das Politische Denken im 20. Jahrhundert. Der erste Band (Frank Deppe: Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge, Hamburg 1999; vgl. Besprechung in Z 40 [Dezember 1999], S. 197ff) setzt Ende

des 19. Jahrhunderts ein und reicht bis zur Oktoberrevolution und zum Ende des ersten Weltkrieges – mit einem Ausblick auf die Nachkriegszeit. Der nunmehr vorliegende zweite Band setzt mit Beginn des ersten Weltkrieges ein, den er als „Weltenwende“ bezeichnet, behandelt die Zwischenkriegszeit als „Dreißigjährigen Krieg“ und gibt Aufschluß über die bis zum Jahrhundertwende nachwirkenden Entwicklungstendenzen. Dieser Band beschränkt sich ebenso wenig wie der erste Band keineswegs nur auf politisches Denken, sondern behandelt, da dieses „auf die politische Praxis“ bezogen ist, die Geschichte der Politik selbst.

Zum generellen Verständnis ist es zweckmäßig, auf Deppes Ausführungen zum Wesen des politischen Denkens und der Politik im ersten Band zu verweisen. Politisches Denken versteht er „als normatives, wertorientiertes Denken“, als „Ordnungsdenken“, demnach also praxisorientiert. In der klassischen Lehre war Ordnung mit dem Staat identifiziert. Da aber Politik und Staat nicht identisch sind und deren Gleichsetzung sich zunehmend auflöst, wird „die Ergründung der Eigenständigkeit ... des Politischen ... zum zentralen Thema der Politikwissenschaft“. Politik bedeute „die maßgebende Entscheidung über das allgemein Verbindliche“ des zum Staat erhobenen Gemeinwesens, doch nur als Resultat von Diskussionen, Konflikten, Entscheidungsverfahren. In Klassengesellschaften sind dies in Anbetracht „der ungleichen Verteilung der Macht, der Autorität und des materiellen Reichtums ... immer auch Formen der Herrschaftssicherung“. Da dies nicht ohne Kampf geschieht, ha-

be politisches Denken stets zur Aufgabe, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu legitimieren, was der Politik jeweils eine ideologische Funktion zufüge. (Bd. 1, S. 12-15)

Der zweite Band besteht de facto aus zwei Teilen: einem ersten Teil mit Abschnitten zu allgemeinen historischen Vorgängen und Entwicklungslinien und einem zweiten Teil aus sieben Kapiteln, die eine Synthese personenbezogenen politischen Denkens (Carl Schmitt, Antonio Gramsci, Rudolf Hilferding, Vertreter der Frankfurter Schule, John Maynard Keynes, Walter Lippmann, Mahatma Gandhi und Mao Zedong) und richtungs- sowie länderspezifischer Darstellung bilden.

Die vom Verfasser behandelte „Epoche des ‚Dreißigjährigen Krieges‘ zeichnete sich durch eine extreme Zuspitzung von Konflikten und Gewaltexplosionen, durch die ‚Selbsterstörung Europas‘ sowie durch eine Radikalisierung der politischen Ideologien und eine Intensivierung ihrer praktischen Wirksamkeit aus.“ Damit beschreibt Deppe jene Entwicklungslinien, die er sodann im ersten Teil im einzelnen untersucht – jene Kette von Erschütterungen in Gestalt permanenter Bürgerkriegskonstellationen und zwischenimperialistischer Widersprüche, in Gestalt von Widersprüchen zwischen Revolution und Konterrevolution, Demokratie und Totalitarismus, zwischen entgegengesetzten sozialen und politischen Klasseninteressen, in Gestalt einer politischen und kulturellen Krise der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft insgesamt, des Liberalismus der Vorkriegszeit usw.

Vor diesem Hintergrund vollzog sich eine „Radikalisierung des politischen Denkens und Handelns jeweils im Kontext praktischer Erfahrungen (z. B. des Krieges oder der Weltwirtschaftskrise) sowie der Veränderung konkreter politischer Kräfteverhältnisse“. Ihren historischen Ausdruck fanden diese Erscheinungen im Faschismus mit seinem aggressiven Nationalismus, Antiliberalismus, Antimarxismus und Antisemitismus, in der weltverändernden Wirkung der Oktoberrevolution, der Sowjetunion mit ihren zivilisatorischen Leistungen zum einen, ihrem Terror als Bestandteil des Stalinschen Systems zum anderen und in der Rolle der internationalen kommunistischen Bewegung, im so genannten „US-amerikanischen ‚Modell‘, das eine Organisationsform der Massengesellschaft“, ein neues Kapitalismusmodell auf der Grundlage des ‚Fordismus‘ repräsentierte. Er weist auch darauf hin, daß Sozialismus und kommunistische Bewegung den Kapitalismus in Europa zum Klassenkompromiß zwangen, für den es nach dem Scheitern des Sozialismus kein Erfordernis mehr gibt.

Die Weltwirtschaftskrise 1929-31 habe „gleichsam den Schnitt- und Tiefpunkt der gesamten Epoche“ gebildet, in deren Folge sich in Deutschland eine politische Strategie durchsetzte, die auf eine gewaltsame Korrektur der Ergebnisse des ersten Weltkrieges hinauslief, wodurch „die direkte und offene Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges auf die Agenda der Innen- und Außenpolitik des Deutschen Reiches nach 1933 gesetzt“ wurde.

Den ersten Teil seines Buches schließt Deppe mit der Vorgeschichte, dem Wesen, der Durchsetzung und schließ-

lichen Kohärenz „der Pax Americana nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges“ ab. Sie gründete sich im Westen auf eine Schutzschildfunktion und eine „wohlwollende Hegemonie“ seitens der USA. Der Bestand letzterer, so konstatiert er, habe zur Bedingung, daß „die ihr unterworfenen Staaten (und Bündnispartner) davon überzeugt sind, daß sie ökonomisch (in Bezug auf den ‚Wohlstand‘) und politisch (in Bezug auf ihre ‚Sicherheit‘) von der hegemonialen Ordnung profitieren.“ Aus heutiger Sicht ließe sich ergänzen, daß die Sowjetunion einen solchen Sinn von Hegemonie gegenüber ihren Verbündeten nie begriffen hatte und daß die USA inzwischen dabei sind, das Wohlwollen ihrer Hegemonie ihren Verbündeten gegenüber zu verspielen, da „der ‚Kalte Krieg‘ ... als Katalysator“ für die „Positionierung der wirtschaftlichen und politischen Eliten im Westen“ gegenstandslos geworden ist.

Der zweite Teil des Buches, der aus selbständigen Beiträgen besteht und mancherlei Wiederholungen aufweist, beginnt mit einem Kapitel über „‚Konservative Gegenrevolution‘ und Faschismus: Carl Schmitt“. Dieser sei ein „typischer Vertreter der zutiefst konservativen, bildungsbürgerlichen Elite“ gewesen, die den „Prozeß der Durchsetzung der Moderne seit der Aufklärung ... als Prozeß des geistig-moralischen Verfalls und der Erosion von quasi-natürlichen Ordnungen und Hierarchien“ mitsamt des Liberalismus kritisierte. Der Staat als Herrschaftsorgan galt für Schmitt als Mythos einer politischen Einheit des Volkes, dessen Masse allerdings „niemals als vernünftig handelnde Subjekte“ anzuerkennen waren. Somit gab es vielerlei ideologische Bezie-

hungen zum Faschismus.

Das Kapitel über Antonio Gramsci verbindet der Verfasser mit dessen Folgerungen aus dem „Scheitern der bolschewistischen Revolution im Westen“. Innerhalb der kommunistischen Bewegung war es vor allem Gramsci, der für die kapitalistischen Länder über ein anderes Revolutionsmodell, eine andere Strategie und eine Weiterentwicklung marxistischen Denkens nachdachte. Zentrale Ideen waren die methodische Unterscheidung von Staat und Zivilgesellschaft, die Rolle der revolutionären Subjekte in Gestalt der Partei und der Intellektuellen, Hegemonie, Konsens und historischer Block sowie Stellungskrieg und passive Revolution. Im Unterschied zur offiziellen Komintern-Position sah er im Fordismus eine neue Etappe in der Entwicklung des Kapitalismus, eine Form der passiven Revolution.

Ein Kapitel über „Organisierten Kapitalismus und Wirtschaftsdemokratie“ ist den Ideen Rudolf Hilferdings sowie der Rolle der Sozialdemokratie gewidmet. Das Stichwort war hierbei „reformistischer Sozialismus“ auf der Grundlage eines Klassenkompromisses mit einer Bejahung des bürgerlichen Staates und einer Aussöhnung mit der kapitalistischen Ordnung. Ausführlich behandelt Deppe Hilferdings Hauptwerk „Das Finanzkapital“, die gescheiterten „reformistischen und wirtschaftsdemokratischen Illusionen“ hinsichtlich einer sozialistischen Transformation des Kapitalismus. Erörtert wird hierbei Hilferdings Verhältnis zum Austromarxismus, besonders das Verhältnis zwischen seinen Auffassungen und denen Otto Bauers.

In einem weiteren Kapitel über den „westlichen Marxismus“ und die kritische Theorie wird die „frühe Frankfurter Schule“ behandelt. Dargestellt werden eingangs die Auffassungen vor allem von Karl Korsch und Georg Lukács, die unter dem Einfluß Lenins und der Oktoberrevolution standen, sowie jene von Carl Grünberg, Max Horkheimer, Friedrich Pollock, Leo Löwenthal, Erich Fromm, Herbert Marcuse, Theodor W. Adorno. Ausführlich geht Deppe auf die „kritische Theorie“ ein. Die Arbeiterklasse wird in ihrem Sinne „als Subjekt der Durchsetzung der Vernunft in der Geschichte, der Emanzipation der Menschheit anerkannt“, was Deppe als „Marx-Orthodoxie“ bezeichnet, allerdings in „skeptischer Distanz gegenüber dem „Parteimarxismus“. Nach der Übersiedlung des Frankfurter Instituts in die USA rückten die Faschismusanalyse, die anti-autoritäre Wende zum ‚Staatskapitalismus‘ und zur ‚Dialektik der Aufklärung‘ in den Mittelpunkt der Arbeit Horkheimers und seiner Mitstreiter. Schließlich geht Deppe auf Wirkung und Schicksal der kritischen Theorie in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg ein, und zwar mit der Schlußfolgerung, daß nach deren Selbstverständnis „Fundamentalkritik kapitalistischer Vergesellschaftung auch heute ... unabdingbare Voraussetzung nicht nur für die Selbstbehauptung kritischen Denkens in der Tradition der Aufklärung, sondern auch für die Organisation von Widerstand und den Kampf um die Möglichkeit einer ‚anderen Welt‘ bildet“.

Mit dem Kapitel über John Maynard Keynes behandelt der Verfasser die politische Theorie des „Soziallibera-

lismus“ im Gefolge des Kampfes gegen die Massenarbeitslosigkeit und des „Endes des Laissez-Faire“ in Verbindung mit dem Übergang zum Imperialismus und mit dem „Niedergang des British Empire“. Keynes' Programm schloß eine „Konzeption des Klassenkompromisses“ und der Staatsintervention in die Wirtschaft als eine damalige Bedingung „der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems“ ein. Es ging um jene „Keynesianische Revolution“, auf der nach dem zweiten Weltkriege die Entwicklung der Sozialpartnerschaft und des Wohlfahrtsstaates basierte.

Walter Lippmanns Rolle als politischer Vordenker der US-amerikanischen Eliten und die sozialpolitische Entwicklung in den USA, die Politik Roosevelts eingeschlossen, ist der Inhalt des folgenden Kapitels. Lippman war sich der „Macht der öffentlichen Meinung im Zeitalter der Massendemokratie“ nicht nur bewußt, er wußte sie im Interesse der Sicherung kapitalistischer Herrschaft auch hervorragend zu handhaben, wobei er besonderen Wert auf intellektuelle Sachkompetenz wissenschaftlicher Experten legte. Einer Analyse von Lippmann Gesellschaftskonzept (z. B. das Verhältnis von Markt und Gesetz) fügt Deppe einen Exkurs über dessen Beziehung zu den Auffassungen von Friedrich von Hayek und Karl Popper ein und greift auch erneut auf Keynes zurück. Lippmann entwickelte auch ein Konzept der Außenpolitik, der er den Primat gegenüber der Innenpolitik zubilligt, als deren „Ausgangspunkt ... (er) das nationale Interesse, das geopolitisch definiert wird“, sieht, woraus er „die Führungsrolle der USA in der west-

lichen Welt“ ableitete.

Das abschließende Kapitel befaßt sich am Beispiel Mahatma Gandhis und Mao Zedongs mit den zwei Grundrichtungen des antikolonialen und emanzipatorischen Kampfes in Asien mit einer überwiegend bäuerlichen Bevölkerung: dem zivilen Ungehorsam und der revolutionären Gewalt – als zwei unterschiedlichen Konsequenzen aus der weltpolitischen Situation nach der Oktoberrevolution.

Jene als Epilog angefügten Überlegungen zum Jahr 1945 als „kurzem Traum von einer besseren Welt“ und dessen Scheitern wären wert, in einem weiteren, einem dritten Band des politischen Denkens in der zweiten Hälfte des 20. Jh. behandelt zu werden.

Deppes inhaltsreiches und anspruchsvolles Buch setzt ein hohes Maß historischer Kenntnisse voraus, so daß es in erster Linie an einen akademischen Leserkreis gerichtet ist.

Da sowohl im allgemeinen Teil wie in den thematischen Kapiteln zahlreiche Vertreter politischen Denkens und politischer Praxis in unterschiedlichem Kontext – und zwar mehrfach – erwähnt werden, wäre ein Personen- und Sachregister sehr hilfreich gewesen.

*Harald Neubert*

## **Neues zur sowjetischen Außenpolitik 1940-1968**

*Harald Neubert (Hrsg.), Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940 bis 1968 und die Folgen. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow. Edition ost Berlin 2003. 287 S., 14,90 €*

Forschungen zur Geschichte der sow-

jetischen Außenpolitik stießen lange Zeit auf völlig verschlossene Archive. Die Außenpolitik war selbst in den Zeiten heftiger Kritik am Personenkult um Jossif W. Stalin ein Gebiet, das kaum angerührt wurde. Ideologische Axiome und apologetische Selbstrechtfertigung hinderten die Forschung an unvoreingenommener Analyse. Diese unbefriedigende Situation änderte sich nach dem Zerfall der Sowjetunion allmählich.

Der russische Historiker Wladimir K. Wolkow wertete erstmals Quellen zur Geschichte der sowjetischen Außenpolitik aus, die sich im weitgehend geschlossenen Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation befinden.

Herausgeber Harald Neubert hat Publikationen Wolkows zur Geschichte der sowjetischen Außenpolitik von 1940 bis 1968<sup>1</sup> übersetzt und dem in sechs Kapitel gegliederten Buch eine kritische Einführung vorangestellt. Ein im Jahre 2000 in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft bereits erschienener Text zu Stalins Deutschlandpolitik Anfang der 50er Jahre (Kapitel 4) wurde aus dem Russischen neu übersetzt. Auf diesen bereits bekannten Text soll hier nicht näher eingegangen werden.

Neubert bestätigt Wolkow, dass ihm die Korrektur bisher ideologisch verstellter Sichtweisen gelungen sei. In diesem Sinne könne dem Vf. das

<sup>1</sup> Mit Ausnahme des zweiten Kapitels handelt es sich um Wolkows Buch „Uzlovye problemy novejszej istorii stran Central'noi i Jugo-Vostočnoj Evropy“ („Schlüsselprobleme der neuesten Geschichte Mittel- und Südosteuropas“. Moskau 2000).

Bemühen um Objektivität bestätigt werden. An Wolkows Herangehensweise kritisiert Neubert: „Allerdings bedient er sich gelegentlich – wohl im Bestreben, sich von der früheren sowjetischen Diktion zu lösen und objektiv sein zu wollen – einer Terminologie, die bislang nur aus dem westlichen Sprachgebrauch bekannt war. Wolkow zeigt sich nicht frei von Enttäuschung und Sarkasmus.“ (S. 7)

Das erste Kapitel behandelt die deutsch-sowjetischen Beziehungen vor Hitlers Überfall auf die Sowjetunion (1939-1941). In dieser kriegschwangeren Zeit zeichnete sich eine imperialistische Neuaufteilung der Einflussphären ab, die, was allgemein verständlich ist, nicht auf Kosten der Sowjetunion vollzogen werden durfte. Dass sich die Stalinsche Führung der Sowjetunion jedoch aktiv an dieser Neuaufteilung beteiligte, widersprach eindeutig allen Prinzipien einer sozialistischen Außenpolitik. Eine besondere Rolle maß die sowjetische Außenpolitik den Meerengen zu. Jedoch begnügte sich Stalin nicht mit dem Plan, in den Meerengen sowjetische Stützpunkte einzurichten: „Die Türken werden wir nach Asien vertreiben, sagte Stalin (zu Georgi Dimitroff - S.P.). – Welche Türkei? Es gibt dort zwei Millionen Grusinier, eine halbe Million Armenier, eine Million Kurden usw. Türken sind es nur 6-7 Millionen.“ (S. 68) Ob nun gerade wegen solcher Ziele die sowjetische Führung selbst noch im Jahre 1941 zu einer neuen Etappe der Zusammenarbeit mit dem Dreierpakt bereit war, lässt Wolkow offen. Türkische Diplomaten werteten Stalins Politik in der Meerengen-

frage als Rückkehr zur alten zaristischen Politik gegenüber dem Balkan. Das zweite Kapitel behandelt die letzten zehn Wochen unmittelbar vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Die gerade in letzter Zeit neu belebte Legende, die Sowjetunion hätte Hitler mit einem Präventivschlag zuvorkommen wollen, widerlegt Wolkow anhand der aufgefundenen Quellen. Stalin hatte in einer Rede vor Absolventen der Militärakademie auf die Notwendigkeit der Vorbereitung der Armee auf Angriffsoperationen hingewiesen. Unter dem Eindruck dieser Rede regten der Volkskommissar für Verteidigung S. K. Timoschenko und der Chef des Generalstabs G. K. Shukow an, einen Plan für einen Präventivschlag zu erarbeiten. Am 15. Mai 1941 lag dieser Plan vor. Am 19. Mai empfing Stalin Timoschenko und Shukow, und erteilte ihnen eine Abfuhr: „Seid ihr von Sinnen, wollt ihr die Deutschen provozieren?“ (S. 109) In seiner Rede an der Militärakademie habe er die Anwesenden ermutigen wollen, über den Siegnachzudenken und nicht über die Unbesiegbarkeit der deutschen Armee. Anhand bekannter und neu erschlossener Quellen belegt Wolkow die fatalen Fehleinschätzungen Stalins, die nach dem deutschen Überfall dazu führten, dass die UdSSR in den ersten Tagen und Wochen des Krieges unermessliche Verluste erlitt. Das Land geriet psychologisch und moralisch völlig unvorbereitet in den Krieg mit Deutschland. Die Schockwirkung der ersten Niederlagen verband sich mit der Erinnerung an die Stalinschen Repressionen der Jahre 1936 bis 1939 und die anhal-

tenden Schäden der Kollektivierung der Landwirtschaft von Anfang der 30er Jahre. Die tiefe moralisch-politische Krise, die von der sowjetischen Historiographie verschwiegen worden sei und der auch die heutige russische Geschichtswissenschaft zu wenig Beachtung schenke, habe in der ganzen Gesellschaft zu Resignation und Defätismus geführt. Sie habe auch Teile der Armee erfasst. In den besetzten Gebieten kam es zur Kollaboration. Dass diese Krise rasch überwunden werden konnte, lag nicht so sehr an den Anstrengungen der sowjetischen Macht- und Sicherheitsorgane, sondern an der bestialischen deutschen Besatzungspolitik und an der unmenschlichen Behandlung der Kriegsgefangenen, der massenhaften Ermordung von Gefangenen und der Ausplünderung der Bauernschaft. Schon im Herbst 1941 waren in der sowjetischen Bevölkerung alle Zweifel hinsichtlich der wirklichen Ziele der faschistischen Okkupanten zerstreut. Dies ermöglichte es, „den Krieg ohne Rücksicht auf die Höhe der Verluste fortzusetzen.“ (S. 129)

Wolkow bescheinigt Stalin, ein nicht schlechter Taktiker gewesen zu sein. Jedoch sei er ein schlechter Stratege gewesen: „Sein Kalkül gründete sich auf einer arithmetischen Logik, während in Umbruchsituationen der Geschichte zumindest ein algebraisches Denkvermögen vonnöten ist. Letzteres aber besaß er nicht, obwohl er häufig das Wort ‚Dialektik‘ im Munde führte.“ (S. 130)

Überlegungen zum strategischen Konzept der UdSSR für die europäische Nachkriegsordnung stellt Wolkow im dritten Kapitel an. Wie schon

in der Vorkriegszeit gegenüber Hitlerdeutschland respektierte Stalin auch gegenüber den Westmächten die Aufteilung Europas in Einflusssphären. Das hatte Konsequenzen für die antifaschistischen Befreiungsbewegungen in Ländern der westlichen Einflusssphäre – z.B. Frankreich, Italien und Griechenland –, die nicht auf eine sozialistische Revolution orientiert wurden. Nach Entdeckung der Verbrechen von Katyn am 21. April 1943 und entsprechend scharfen Reaktionen brach Moskau die Beziehungen zur polnischen Exilregierung ab. Ihr wurde vorgeworfen, dass sie „die einheitliche Front der slawischen Völker im Kampf gegen den Feldzug Hitlers“ (S. 146) schwäche. Zugleich wurde eine polnische Regierung auf dem Territorium der UdSSR vorbereitet. Dieser aktuelle Vorgang war daher, Wolkow zufolge, eine Art Katalysator bei der fälligen Ausarbeitung eines sowjetischen Planes für die Nachkriegsordnung für den östlichen Teil Europas. Stalin drängte auf die Auflösung der Komintern. Am 22. Mai 1943 veröffentlichte die „Prawda“ den Auflösungsbeschluss des EKKI-Präsidiums. Das amerikanische Amt für Strategische Dienste (Vorläufer der CIA) wertete diesen Schritt als Moskauer Absage an die Idee der Weltrevolution. Den Ländern des ehemaligen „cordon sanitaire“, nun als Teile eines zu schaffenden „sozialistischen Lagers“ betrachtet, wurde letztlich das sowjetische Gesellschaftsmodell oktroyiert.

Das fünfte Kapitel ist dem Einschnitt Mitte der 50er Jahre und dem XX. Parteitag der KPdSU gewidmet. Wolkow sieht in den Jahren 1955 bis 1957 eine Zäsur in der Entwicklung



des „sozialistischen Lagers“, das jetzt „jene innere Struktur (erhielt), die bei geringen Modifikationen bis zu seinem Ende im Jahre 1989 fortbestand.“ (S. 247) Die KPdSU beendete die Massenrepressionen der Stalin-Ära. Sie ließ jedoch weiterhin keine Kritik an den bestehenden Formen und Regeln der Leitung der Gesellschaft zu, was zur Folge hatte, dass kritisches Denken in den Untergrund ging und später mit der Dissidentenbewegung zum Durchbruch gelangte.

Die Ereignisse in der UdSSR im Jahre 1968 stehen im Mittelpunkt des sechsten Kapitels. Wolkow bietet auch hier anhand bisher nicht bekannter Quellen neue Einblicke in die zum Teil konspirativen Aktivitäten der sowjetischen Führung, um die Reformen des Prager Frühlings zu unterdrücken. Jede Reform wurde von Moskau als eine Flucht aus dem eigenen Lager denunziert. Nicht begriffen wurde, dass mit der Verweigerung von Reformen die ganze Revolution auf's Spiel gesetzt wurde. Wolkow weist allerdings nicht darauf hin, dass der Mythos des „Prager Frühlings“ auch davon lebte, dass er nie in der Praxis bestehen musste. Mit der militärischen Niederschlagung habe der reale Sozialismus sich endgültig diskreditiert, meint der Vf.: „Es begann eine Epoche der Stagnation und fortschreitenden Fäulnis, die schließlich mit dem Kollaps der Sowjetunion und des von ihr dirigierten Imperiums endete.“ (S. 281)

Das Buch von Wolkow ist außerordentlich anregend. Künftige Forschungen werden von den auf neuen Quellen fußenden Fragen des Vf.'s profitieren. Die aufgeworfenen

Probleme provozieren fraglos weitere Debatten. Es wird noch zu prüfen sein, ob das Scheitern der Gesellschaften sowjetischen Typs lediglich auf Stalin und dessen Hinterlassenschaften zurück geführt werden kann. Bestand für den realen Sozialismus wirklich nur die Alternative zwischen innerer Stagnation und zwangsläufigem Untergang durch Reformen?

*Siegfried Prokop*

### **Sozialkritik ohne Kapitalismuskritik?**

*Robert Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage: Eine Chronik der Lohnarbeit, UVK, „édition discours“, Konstanz 2000, 416 Seiten, 34,- Euro*

Eine historische Annäherung an aktuelle Probleme des modernen Kapitalismus findet sich in der großen Untersuchung über die „Metamorphosen der sozialen Frage“ von Robert Castel, ehemals Forschungsdirektor an der renommierten Pariser EHSS (Hochschule für Sozialwissenschaften) und früherer Mitarbeiter von Pierre Bourdieu. Es handelt sich bei dieser Untersuchung um eine Sozialgeschichte der Institutionalisierung der Lohnarbeit, die das Ziel verfolgt, den zivilisatorischen Stellenwert dieser Institutionalisierung herauszuarbeiten. Der Autor spannt den Bogen von der traditionellen vormodernen Organisation des Handwerks mit seinen vormundschaftlichen Beschränkungen über die Stufe der Markt- und Vertragsförmigkeit der Lohnarbeit und die durch die Defizite bloßer Vertragsförmigkeit ausge-

lösten sozialpolitischen Kompensationen bis zur gegenwärtigen Situation, in der die mühsam erreichten zivilisatorischen Standards der „Lohnarbeitsgesellschaft“ erneut zu zerfallen drohen.

Die historische Perspektive macht es Castel möglich, die moderne Lohnarbeitsgesellschaft, die im Sozialstaat ihre entwickeltste Form erhalten hat, als Ergebnis eines langen, widersprüchlichen Prozesses zu würdigen. Während dieses Prozesses wandelte sich die Lohnarbeit grundlegend, ehe sie seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts mit den Errungenschaften der französischen Volksfront-Regierung ein Niveau erreichte, auf dem Lohnarbeit nicht nur sozialpolitisch abgesichert wurde, sondern sich auch als Basis einer sozialen Identität der Arbeitenden etablieren konnte. Lohnarbeit entwickelte sich Castel zufolge also von einem rein ökonomischen, sozial ungeschützten Vertragsverhältnis zu einem sozialen Status, der sowohl ein gewisses Maß an sozialer und bürgerschaftlicher Integration als auch der individuellen Unabhängigkeit gegenüber persönlicher und institutioneller Vormundschaft garantierte. Die moderne Lohnarbeitsgesellschaft – so die These Castels – führte die Vorzüge des Liberalismus wie Vertragsfreiheit, Freizügigkeit und individuelle Verantwortlichkeit des Handelns mit der kollektiven Zuständigkeit der Gesellschaft für den Schutz des Einzelnen gegen soziale Risiken und Gefahren der Exklusion zusammen. Ebenso wie der zurückliegende geschichtliche Prozeß durch tiefgreifende Verwerfungen und die Ausbildung neuer Formen der Lohnarbeit geprägt war, was

Castel mit dem Begriff der „Metamorphosen“ ausdrückt, steht auch die heutige Gesellschaft vor einer neuen Metamorphose: Die Institutionen und Leistungen der Lohnarbeitsgesellschaft sind massiven Tendenzen der Erosion ausgesetzt. Der einmal erreichte Zustand bürgerrechtlicher Integration läuft Gefahr, in Anomie und Exklusion umzuschlagen.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bilden die bis ins 14. und 15. Jahrhundert zurückreichenden historischen Vorformen moderner Lohnarbeit. Castel stellt fest, daß es vor der Industriellen Revolution zwei Hauptformen abhängiger Arbeit gegeben hat: die Zwangsarbeit und die korporativ streng reglementierte Arbeit in den Zünften. Seit dem Ende des Mittelalters ist der gesellschaftliche Umgang mit Arbeit durch unablässige Bemühungen gekennzeichnet, diejenigen, die sich dem vorhandenen repressiven Regulierungsrahmen und den Kontrollpraktiken entzogen, nämlich Bettler, Vagabunden und Obdachlose, unnachsichtig zu disziplinieren und die Kriterien der Arbeitsfähigkeit so restriktiv auszulegen, daß sich keine größere Gruppe gegenüber dem Geltungsbereich regulierter Arbeit verselbständigen konnte. Die Figur des arbeitsfähigen, aber keine Arbeit findenden Bettlers antizipierte die kollektive Situation des Proletariats zu Beginn der Moderne (63). Aus dem Spannungsverhältnis von regulierter Arbeit der handwerklichen Zünfte, die immerhin schon den Zugang zu einigen Bürgerrechten erlaubte, sowie der Zwangsarbeit einerseits und der nach disponiblen Arbeitskräften verlangenden Dynamik des Kapitalismus

andererseits erwuchs das Problem des Pauperismus, also das einer, wie Castel es nennt, massenhaften „Verwundbarkeit“ (142) und „Ausgliederung“ der von allen Arbeitsmöglichkeiten abgeschnittenen Armen. Zwar erkannte das herrschende Denken seit dem 18. Jahrhundert in Politik und Ökonomie die Tatsache an, daß Arbeit die entscheidende Quelle gesellschaftlichen Reichtums geworden war, aber gleichzeitig mußte dieses Denken daran interessiert sein, die Arbeitenden dazu zu veranlassen, die von ihnen erwartete Arbeitsleistung auch tatsächlich zu erbringen.

Der Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts versuchte Castel zufolge dieses Problem auf doppelte Weise zu lösen: Einerseits forcierte er die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der vertraglichen Lohnarbeit und andererseits reagierte er auf den Pauperismus mit vormundschaftlich-paternalistischer Armenpflege und privater Wohltätigkeit. Das Auseinanderfallen von formell freier Lohnarbeit und dem bisherigen vorindustriell-zunftgebundenen sozialen Status der Lohnarbeiter konnte aber durch die liberale Strategie nicht verhindert werden. Reduziert auf den bloßen Verkauf der Arbeitskraft und abhängig von der Willkür und Zufälligkeit privater Armenfürsorge wurde der Pauperismus mit der Industriellen Revolution zu einem massenhaften Existenzmodus, den Castel als eine neue „Anthropologie“ des sozialen Elends (195) bezeichnet. Während des gesamten 19. Jahrhunderts vollzog sich, wie er ausführlich zeigt, ein Kampf zwischen unterschiedlichen Optionen einer Lösung des Pauperismusproblems, der Kampf, in dem

die liberale Logik der freien Lohnarbeit, Bestrebungen paternalistischer Sozialpolitik und die neuen Initiativen einer *gesellschaftlich institutionalisierten* Absicherung der Lohnarbeit aufeinandertreffen.

Ein Mangel in der Darstellung Castels besteht hier allerdings darin, daß er sich weitgehend auf den wissenschaftlichen, institutionellen und parlamentarischen Diskurs beschränkt und weder die radikalen Bewegungen und Aktionen der Arbeiter in diesem Kontext berücksichtigt, noch auf solche theoretischen Analysen und Vorstellungen eingeht, die die Lohnarbeit prinzipiell in Frage stellen. Dadurch erhält seine Argumentation eine Tendenz zur positiven Verabsolutierung institutionalisierter Lohnarbeit als Wert an sich. Dem widerspricht nicht Castels beeindruckende Fähigkeit, die kontroversen Linien des sozialpolitischen Diskurses zu analysieren und nachzuweisen, daß erst mit dem Übergang zu kollektiven Solidar- und Sicherungssystemen der entscheidende Schritt zu einem *sozialen Status der Lohnarbeit* erfolgte. Erst indem die ausschließlich private Form bürgerlichen Eigentums, aber auch die private Form der Armenfürsorge, durch die Form des „Sozialeigentums“ (262) zum Beispiel in Gestalt einer kollektiven Pflichtversicherung gegen Krankheit und für Altersversorgung ergänzt wurde, konnten sich die Lohnarbeiter aus dem Geflecht persönlicher Abhängigkeiten materieller und symbolischer Art lösen und jenen sozialen Status erlangen, der die „Bewahrung der Arbeiterklasse vor gesellschaftlicher Entmündigung“ (277) sicherte. Die sozialstaatliche In-

dienstnahme der Pflichtversicherung, auf die der Lohnarbeiter zwar einen individuellen Anspruch hat, die aber kollektiv gewährleistet ist und nicht mehr von privaten, für die Betroffenen durchaus entwürdigenden Aktivitäten abhängt, beantwortete nun die Frage, wie der gesellschaftliche Zugriff auf die Arbeiterklasse als Hauptakteur des modernen Produktionsprozesses ermöglicht wurde, ohne die Arbeiter gleichzeitig aus der Gesellschaft auszuschließen, wie es durch den Pauperismus geschehen war.

Die zentrale These der „Metamorphosen“ besteht darin, daß die aktuelle, von Massenarbeitslosigkeit, Deregulierung und Prekarisierung der Erwerbsarbeit gekennzeichnete Situation die sozialstaatlich unterbaute „Konsolidierung des Lohnarbeiterstatus“ (282) massiv auszuhöhlen beginnt und so die zivilisatorische Qualität des „Status abhängiger Arbeit“ zur Disposition stellt. Nachdem der Lohnarbeitsstatus insbesondere in der Periode zwischen 1945 und 1970 zum allgemeinen Merkmal der Gesellschaft geworden sei, scheine jetzt eine neue „Etappe einer anthropologischen Geschichte der Lohnarbeit“ (336) und die Zeit einer „neuen sozialen Frage“ anzubrechen. Weder arbeitsfördernde Maßnahmen wie die „Revenue minimum d'insertion“ (RMI), eine Art Kombilohn zur Wiedereingliederung Arbeitsloser, noch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes erweisen sich als wirksames Mittel zur Bewältigung der „neuen sozialen Frage“. Das rasche Anwachsen der Zahl „statusloser Arbeitnehmer“ zeigt, daß die aktuelle Situation nicht nur eine ökonomische Krise, sondern auch eine „Krise der Integration

durch Arbeit“ (390) ist. Nach Castel müßte die Bekämpfung der Krise eigentlich primär in einer Stärkung der Lohnarbeit, also in einer Festigung sozialstaatlicher Kompetenzen und Institutionen bestehen, weil gerade sie es sind, die sowohl die Grundlage der „ökonomischen“ und „sozialen citizenship“ (393) bilden als auch die kollektive Identität der Gesellschaft begründen. Dieser Gedanke von Castel erinnert an die berühmte Forderung von Thomas H. Marshall nach Ergänzung der politischen durch soziale und „industrielle Bürgerrechte“ (vgl. Thomas H. Marshall: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt/New York 1992; engl. 1950). Aber während sich Marshall seinerzeit auf eine günstige Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse in Großbritannien unter der Labour-Hegemonie nach dem Zweiten Weltkrieg stützen konnte, muß sich das Denken Castels dem immer stärker werdenden Druck der Untergrabung der „Lohnarbeitsgesellschaft“ und dem Aufkommen eines „negativen Individualismus“ (401ff.) entgegenstemmen. Unter „negativem Individualismus“ sind nach Castel jene zentrifugalen Kräfte der Ausgrenzung und Vereinzelung zu verstehen, die aus dem Verlust des Lohnarbeiterstatus resultieren und den „negativen Individualismus“ des vorindustriellen Vagabudentums auf der heutigen historischen Stufe zu reproduzieren scheinen. Hier läßt sich nun ein wesentlicher Mangel in der Argumentation Castels feststellen. In seiner Perspektive verkürzt sich nämlich die Funktion des Staates auf die Wahrnehmung sozialer Schutz- und

Sicherungsaufgaben, während sowohl die ökonomischen Aktivitäten im Interesse privatkapitalistischer Verwertung als auch die politischen und ideologischen Herrschaftsfunktionen des Staates ausgeblendet werden.

Castels „Metamorphosen“ enden mit einem Bekenntnis zum Sozialstaat und zu seiner Integrationsfunktion, die heute durch keine andere Institution und keinen anderen Akteur zu ersetzen sei: „Der Staat ist die einzige Instanz, die imstande ist, eine Brücke zwischen den beiden Polen des Individualismus zu schlagen und der Gesellschaft ein Minimum an Zusammenhalt aufzunütigen“ (412).

Obwohl Castel die Härte der sozialen Probleme nicht verschleiert, verzichtet er auf eine grundsätzliche Kapitalismuskritik. Er stellt sich von vornherein auf den Boden der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse und versucht auf ihrer Basis den Wert und die Relevanz sozialstaatlicher Erregenschaften bewußt zu machen. Bezeichnenderweise taucht der Begriff des Kapitalismus bei Castel so gut wie nie auf, obwohl Lohnarbeit sein zentrales Thema ist. Statt von der kapitalistischen Gesellschaft zu sprechen, bevorzugt Castel den Begriff der „Lohnarbeitsgesellschaft“, den er aber mit einem dem üblichen sozialkritischen Verständnis ganz entgegengesetzten Sinn belegt. Lohnarbeit gilt ihm als soziale Struktur der Anerkennung, sozialen Absicherung und bürgerschaftlichen Partizipation, nicht als System der Ausbeutung und Fremdbestimmung. Insofern vertritt er gleichzeitig eine klassische sozialdemokratische Auffassung vom Wohlfahrtsstaat, dessen Funktion sich nicht in monetären Transferleistungen er-

schöpft, sondern gleichzeitig etwas konstituiert, was man als soziale und rechtliche Identität der Individuen bezeichnen kann. Obwohl Castel an seiner Parteinahme für die von Ausgrenzung und sozialem Abstieg Bedrohten keinen Zweifel läßt, stellt er die sozialökonomischen Grundlagen der „Lohnarbeitsgesellschaft“ nicht nur nicht in Frage, sondern hält sie für durchaus erneuerungsfähig. Seine Position weist hier Parallelen zur Verteidigung des Sozialstaats durch Pierre Bourdieu auf, der trotz scharfer Angriffe auf den Neoliberalismus keine antikapitalistische Alternative anstrebte, sondern die Aufrechterhaltung und Festigung historisch gewachsener und jetzt unter neoliberalen Deregulierungsdruck geratender sozialstaatlicher Strukturen und Funktionen in den Vordergrund stellte.

Auch wenn man der Rekonstruktion des Sozialstaates als einer praktischpolitischen Aufgabe ersten Ranges nachdrücklich zustimmt, muß betont werden, daß die heutige Krise des Sozialstaates und insbesondere der staatlichen Arbeits- und Sozialpolitik ohne Analyse des Zusammenhangs zwischen kapitalistischer Ökonomie und politischem System nicht hinlänglich zu erklären ist. Zwar kann, wie Castel ja selbst anschaulich und detailliert zeigt, die ökonomische Logik des Kapitalismus, namentlich ihr „Wehrwolfsheißhunger“ (Marx) nach Profit, sozialstaatlich eingedämmt und teilweise gezähmt werden („Rheinischer Kapitalismus“), aber sie kann innerhalb des Rahmens kapitalistischer Produktions- und Verhältnisse nicht prinzipiell überwunden werden. Weil Castel nur die nicht zu bestreitenden Errungen-

schaften des Sozialstaats bzw. ihren drohenden Verlust ins Auge faßt, nicht aber den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang von Ökonomie und Staat, tendiert er, wie schon angesprochen, zu einer Eingrenzung der Probleme des modernen Kapitalismus auf sozialpolitische Reformen. Daß aber der „Status der Lohnarbeit“ weder die zyklische Bewegung des Kapitals und damit einen permanenten Wechsel von Konjunktur und Krise ausschließt noch die Widersprüche im kapitalistischen Arbeitsprozeß selbst aufhebt, gerät bei Castel aus dem Gesichtskreis. Dem korrespondiert eine weitere Schwäche in seinen Überlegungen. Sie liegt in der Vernachlässigung der Akteursperspektive, also der Frage, wie, von wem und mit welchen Mitteln eine Reform des Sozialstaats realisiert werden könnte.

Daß gerade diejenige historische Periode, die er hinsichtlich der Verwirklichung sozialer Arbeiterrechte für exemplarisch hält, nämlich die Zeit der „glorreichen Dreißiger“ („Trentes glorieuses“) zwischen 1950 und 1980, gleichzeitig von tayloristischen Arbeitsbedingungen, erbitterten Streiks, politischen Massenbewegungen und scharfen Gegensätzen zwischen den „patrons“ und abhängig Beschäftigten geprägt waren, verweist auf ein kritikbedürftiges Verständnis von Lohnarbeit und Lohnarbeitsgesellschaft bei Castel, vor allem auch insofern, als die Arbeitenden in ihrer konkreten Situation im Produktionsprozeß und als handelnde Subjekte kaum in Erscheinung treten. Hinter der überaus positiven Bewertung von Lohnarbeit verbirgt sich ein zusätzliches Problem. Die von Castel

gesetzte Zentralität der Lohnarbeit vernachlässigt nämlich nicht nur deren immanente Widersprüche (als Verwertungsprozeß von Arbeitskraft), sondern klammert auch die destruktiven Auswirkungen kapitalistisch bestimmter Arbeit auf die natürlichen Lebensgrundlagen von Gesellschaft aus. Damit setzt Castel eine in der europäischen Linken und Arbeiterbewegung seit langem vorhandene Tendenz einer anthropozentrischen Überschätzung von Arbeit und Produktion wenn auch nicht direkt, so doch implizit fort. Die von mir vorgebrachten Einwände schmälern zwar nicht die zahlreichen Vorzüge seiner brillanten Studie, sie möchten aber deutlich machen, daß Sozialkritik und Kapitalismuskritik auch heute nicht zu trennen sind, wenn sozialwissenschaftliche Forschung nicht nur zu einer momentanen Milderung der „sozialen Frage“, sondern auch zu ihrer strukturellen Überwindung beitragen will. Dem widerspricht nicht die aktuelle politische Priorität einer praktischen Verteidigung des Sozialstaats gegen seine weitere neoliberale Demontage.

*Lothar Peter*

## **Gescheiterte Moderne?**

*Hermann Kopp und Werner Seppmann (Hg.), Gescheiterte Moderne? Zur Ideologiekritik des Postmodernismus, Neue Impulse Verlag, Essen 2002, 229 S., 15,80 Euro*

Mag die Postmoderne-Diskussion ihren Zenit schon längst überschritten haben, wirkungslos ist ihr „harter Kern von Prämissen und Basisüberzeugungen“ (10) auch heute sicherlich nicht. Daher überrascht es wenig, dass

der Focus der Auseinandersetzung in nahezu jedem der neun versammelten Beiträge auf der Funktion postmodernen Denkens, seiner Rolle als herrschaftssichernde Ideologie liegt, seine Auswirkung auf die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen kritisch beleuchtet wird. Und es überrascht ebenso wenig, dass diese Kritik vom Boden marxistischer Weltanschauung vernichtend ausfällt. Die im Untertitel zugesagte „Ideologiekritik“ findet indes kaum statt.

Thematisch sind die Aufsätze an postmodernen Kernaussagen orientiert: ‘Ende des Subjekts und seiner Emanzipation’, ‘Ende der Geschichte’, ‘Absage an das Allgemeine zugunsten der Differenz’, ‘Ästhetisierung versus Rationalität’ – diese Schlagworte sogenannter Modernekritik durchziehen alle Beiträge.

Gedö und Holz zeichnen die Entstehungslinien postmodernen Denkens ideengeschichtlich nach und machen Schwerpunkte vor allem bei Nietzsche, Spengler und Heidegger aus. Krauss, Markard und Stiehler setzen dem postmodernen Individuum ein geschichtsmächtiges kritisches Subjekt entgegen, Metscher, Seppmann und Steigerwald entlarven die „Deonstruktion“ genannte totale Ideologiekritik“ (149) als das, was sie über weite Strecken wirklich ist: ein „Sammelurium kapitalismus-verteidigender Ideologeme in möglichst massenwirksamer Ausdrucksweise.“ (197) Mit dem Versuch, das Politische in einer postmodernen Ästhetisierung der Gesellschaft aufgehen zu lassen, setzt Hahns Beitrag sich auseinander. Sein Fazit: „Politik hört nicht auf, Politik zu sein, wenn sie Ästhetisierungen unterliegt“ (63).

Damit sind die Hauptfelder der ideologischen Auseinandersetzung zutreffend ausgemacht. Und auch die Gegenentwürfe, kurz: die marxistische Theorie von Individuum und Gesellschaft, sind in allen Beiträgen überzeugend positioniert. Was aber den Erfolg postmodernen Denkens ausmacht, warum es noch heute wirksam ist, bleibt in der Mehrzahl der Beiträge ungefragt. Krauss identifiziert unter anderem „die Enttäuschung voluntaristisch gespeister Revolutionshoffnungen“ (109), also den Verlust konkreter Utopie, der für individualistische und auf Akzeptanz realer Lebenssituationen ausgerichtete Theorien empfänglich mache. Metscher entdeckt ein „Element der Wahrheit“ in der Reproduktion der „phantomhaften Welt universeller Diffusion auf der Ebene der Unmittelbarkeit“ (158), Steigerwald anerkennt, dass es „in der Tat Probleme mit dem Konzept der Ganzheit, des Allgemeinen, der Totalität gibt“ (208). Die so benannten Defizite lassen Raum für eben die Theorien, deren Ergebnis „die abstrakt-pure Negativität“ ist, „ein Chaos (...) aus dem keine Welt mehr entstehen kann“ (28).

Die Attraktivität postmodernen Denkens hat aber noch einen anderen Grund, der leider vollends vernachlässigt wird. Seppmann weist darauf hin, dass postmodernes Denken es der Intelligenz erlaube, „ihr spezifisches Selbstverständnis zu bewahren, d.h. einen historisch gewachsenen Kritikerspruch aufrechtzuerhalten, ohne in Widerspruch zu den herrschenden Wertvorstellungen zu geraten“ (182) – eine wohl vielfach zutreffende Beobachtung, die jedoch in zumindest einem Punkt zu kurz greift:

bei der Frage nach der Legitimierbarkeit. Diese Frage wird in keinem Beitrag berührt, ist aber ein wesentlicher Bestandteil postmoderner Vernunftkritik: Wie lassen sich nach Faschismus und Stalinismus und den ungezählten Verbrechen im Namen von Aufklärung, Vernunft, Fortschritt, Freiheit und Menschenwürde Grundsätze, Begriffe, Ziele, Utopien etc. so begründen, dass nie wieder Totalitarismus triumphiert? Für den Schritt von der Kritik zum Widerstand bedarf es nicht nur eines Ziels. „Nur wer dieses Ziel begründen und die Wege zu seiner Verwirklichung umreißen kann, ist Avantgarde nicht nur im kritischen Bewußtsein, sondern in der vordersten Front der gestaltenden Tat“ (89) – Holz hat damit ein noch nicht eingelöstes Programm formuliert.

Nicht eingelöst ist im vorliegenden Band auch der Anspruch, Ideologiekritik zu leisten. Darunter ist, besonders in der marxistischen Tradition, eine Auseinandersetzung mit den Theorien, Begründungen und Argumenten der ideologischen Gegner (und sicherlich nicht nur dieser) zu verstehen, nicht nur mit der Wirkung selbiger. Gedö und Steigerwald gehen auf wesentliche Positionen postmoderner Debatten ein. Alle anderen Beiträge verzichten weitgehend oder sogar vollständig auf die Auseinandersetzung mit den Texten führender und wichtiger postmoderner Autoren, berufen sich auf Texte über diese Autoren bzw. begnügen sich mit Zitaten ohne Nachweis. Bei Krauss und Metscher mag dies thematisch seine Berechtigung haben. Für die anderen Beiträge wäre eine Auseinandersetzung mit den ‚starken‘ Vertretern

postmoderner Ideologie (Lyotard für Ästhetik- und Vernunftkritik, Derrida für Sprach- und Vernunftkritik, Lacan und Foucault für Psychologie und Gesellschaftstheorie) wünschenswert gewesen und nicht der Angriff auf die (bestenfalls) zweite Garnitur (Welsch, Fukuyama etc.). Nur an den starken Gegnern ist die Kraft der eigenen Argumentation überzeugend zu demonstrieren.

Die Auseinandersetzung mit dem Postmodernismus wird, so steht zu hoffen, fortgesetzt. Steigerwald hat sicher anderes im Sinn, wenn er von „unbestrittenen Mängeln marxistischen Forschens“ (208) spricht – die ideologiekritische (und das heißt auch philologische) Auseinandersetzung mit den führenden Vertretern postmoderner Theoriebildung gehört gewiss dazu. Allein die Feststellung, die Postmoderne widerspiegle reale Probleme (wie mehrere Beiträge betonen) reicht nicht aus. Auch die Analysen und Antworten sollten genau untersucht werden. Vielleicht würde dann die Frage nach dem Verbündeten – „mit Lyotard gegen Habermas oder mit diesem gegen Lyotard“ (209) – so gar nicht mehr gestellt, weil sich herausstellen könnte, dass der ideologiekritische Ansatz beider nicht so vollends konträr ist, wie zumeist angenommen wird, und der „im Nebel der ‚postmodernen‘ Selbstdarstellungen“ nur undeutlich zu identifizierende „tastende Subjektanspruch als Ausdruck eines Emanzipationsbedürfnisses“ (190) träte deutlicher hervor.

*Edgar Radewald*



## Von der Betriebsfamilie zum Kampf der Kulturen

*Conrad Schuler, Schöne neue SiemensWelt – Von der „Siemens-Familie“ zur „new corporate culture“ München 2003, isw report Sonderheft, 56 S., 3,50 Euro.*

Seit Sommer 2002 hängt in der viel beschworenen „Siemens-Familie“ der Haussegen schief. Nachdem das Unternehmen am Standort München Hofmannstraße bei der Netzwerksparte ICN Massenentlassungen verfügte, ohne dabei soziale Schutzvorschriften wie Kündigungsschutz, Sozialauswahl und Mitbestimmung zu berücksichtigen, brach für viele der Beschäftigten – zumeist hochqualifizierte Wissensarbeiter – eine Welt zusammen. Der Versuch des Managements, die derzeitige Krise am IT-Markt vollständig auf die Belegschaft abzuwälzen, wurde als fundamentaler Bruch mit der bisherigen Unternehmenspolitik verstanden. Die Abkehr von einer Strategie der durchaus auch materiell unterfütterten Sozialpartnerschaft bewirkte einen „Arbeitnehmeraufstand“ (Spiegel) der weithin Beachtung fand. Im Verlauf des Konflikts gelang es Betriebsrat und Belegschaft schließlich, durch eine Betriebsvereinbarung, die eine Arbeitszeitverkürzung und das Insourcing von ausgelagerten Arbeitsplätzen vorsieht, 600 Arbeitsplätze zu sichern. In einer von Conrad Schuler in Kooperation mit der IG Metall Bayern und dem Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung herausgegebenen Broschüre mit dem Titel „Schöne neue SiemensWelt – Von der „Siemens-Familie“ zur „new corporate culture“ wird die Auseinander-

setzung beschrieben und vor dem Hintergrund der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Konflikte um den Abbau des Sozialstaats analysiert.

In einem ersten Teil der Broschüre steht vor allem der „Kulturumbbruch“ im Mittelpunkt des Interesses. Neben dem Vorgehen des Managements wird auch die betriebliche Atmosphäre der ersten Wochen und die subjektive Verarbeitung der Vorgänge durch die Betroffenen beschrieben. Häufig hatten sich die Gekündigten nach Abschluss eines Hochschulstudiums aufgrund des guten Images von Siemens bewusst für die Arbeit bei ICN entschieden. Als nun im Handstreich 2.300 Beschäftigte, rund ein Drittel der Belegschaft, zu einem Teil über eine Beschäftigungsgesellschaft längerfristig in die Arbeitslosigkeit entlassen, zu einem anderen Teil durch eine Leiharbeitsfirma an andere Unternehmen verramscht werden sollten, wick die hohe Identifikation der Wissensarbeiter mit ihrer Firma zunehmend einer realistischeren Einschätzung der Klassenbeziehungen. Dieser Bewusstseinswandel verhalf der IG Metall innerhalb weniger Wochen zu 900 neuen Mitgliedern. 120 Siemens-Beschäftigte organisierten ihre Gegenwehr, indem sie ein Mitarbeiternetz gründeten. Es gelang der Belegschaft, Teile der Öffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen. Nach einer Demonstration von 3.000 Beschäftigten war die Unternehmensleitung zu einem Kompromiss bereit.

Im zweiten Teil der Arbeit liegt der Schwerpunkt der Untersuchung auf den ökonomischen Hintergründen der neuen Firmenstrategie bei Siemens. Die „neue Siemens-Kultur“ beruht demnach auf einer konsequenten Ori-

entierung am „shareholder value“. Nach der Devise „Cash is king“ wird dem Unternehmen zugunsten prall gefüllter Kassen Substanz entzogen. Die einzelnen Geschäftsbereiche müssen jeweils ihre kurzfristige Profitabilität ausweisen. Werden die Ziele in einem bestimmten Zeitrahmen nicht erreicht, wird liquidiert. „Eine sogenannte „Quersubventionierung“ – Deckung eines sektoralen Defizits aus dem Siemens-Gesamttopf – ist nicht erlaubt.“ (21) So darf die wegen des derzeitigen Markteinbruchs schwer gebeutelte Netzwerksparte nicht durch die Umschichtung von Gewinnen aus anderen Sektoren über die Krise gerettet werden. Die Sicherung der Beschäftigung durch eine längerfristige Sanierungsstrategie kommt nicht mehr in Frage. Investitionen in großem Umfang werden sowieso nur noch dort getätigt, wo man im Rennen um die Weltmarktführerschaft ganz vorne mit dabei ist und entsprechende Aussichten auf Extramonopolprofite bestehen. Massenentlassungen passen auch deshalb wunderbar ins neue Konzept des Managements, weil „die enorme Verkürzung der Geschäftszyklen und die Entkopplung von Innovations-, Produktions- und Marktzyklus“ das Unternehmen ohnehin „auf die Schaffung möglichst kleiner Stammebelegschaften und eines flexiblen Netzes von Auftragsfertigern und -entwicklern und Leiharbeitnehmern drängen lässt“ (55).

Conrad Schuhler stellt in seinem Beitrag heraus, dass der Versuch, flexible Belegschaften durch einen Angriff auf soziale Schutzrechte wie Kündigungsschutz und Sozialauswahl sowie die Ausweitung deregulierter Leiharbeitsverhältnisse zu schaffen, auch in

der gegenwärtigen Politik eine große Rolle spielt. Insofern handelt es sich bei den Vorgängen in der Münchner Hofmannstraße um einen exemplarischen Konflikt, dem sich wichtige „Hinweise auf Strategien von Kapital- und Arbeitnehmerseite in der jetzt offen ausbrechenden gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung“ (3) entnehmen lassen. Für die Bedeutung einer kritischen Auswertung des Vorstoßes der Siemens AG spricht sicher auch der – letztlich gescheiterte – Versuch des Unternehmens, vor Gericht eine einstweilige Verfügung zu erwirken, um das Erscheinen der vorliegenden Broschüre zu verhindern.

*Simon Mayer*